

Fragen an die Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten:



Herbert Stepp, Planegg
Die Grüne Gruppe 21

Wie schätzen Sie die Situation von Kindern und Jugendlichen und ihre Problemlagen in ihrer Gemeinde ein?

Thema Bildung:

1. Jugendarbeit in den Verbänden und die offene Jugendarbeit sind als Bildungsarbeit eine wichtige Ergänzung zum Schulunterricht. Durch welche Maßnahmen können Sie in Ihrer Gemeinde außerschulische Bildung aufwerten?

Planegg/Martinsried ist seit kurzem „Universitätsgemeinde“. Zwischen dem Planegger Gymnasium und den Max-Planck-Instituten gibt es seit geraumer Zeit Programme, die nun ausgeweitet werden können. Auch die ortsansässigen Firmen bieten z.T. Ferienkurse an oder stehen für Schülerpraktika zur Verfügung. Die Gemeindeverwaltung kann hier durch Vermittlungsleistungen unterstützen. Auf einer entsprechenden Jugend-Internetseite der Gemeinde könnten auch besondere jugendrelevante Angebote der Volkshochschule, der Jugendtreffs, Jugendangebote diverser Vereine, letztlich auch der Sportvereine zusammengestellt oder zumindest verlinkt werden.

2. Wie kann in Ihrer Gemeinde die Infrastruktur verbessert werden, um Kindern und Jugendlichen, unabhängig vom finanziellen und ethnischen Hintergrund, gleiche Zugangschancen zu Bildung zu ermöglichen?

Erst Ende Januar wurde im Planegger Gemeinderat die Ausweitung der Jugendsozialarbeit an den Grundschulen beschlossen. Dies schafft neben einer finanziellen Entlastung von Bedürftigen die wichtigste Voraussetzung für Chancengleichheit. Die Schaffung von ausreichend Krippen- und Kinderbetreuungsplätzen ist ebenfalls bereits beschlossen und in der Umsetzungsphase. Leider drängen wir noch nicht damit durch, das auch am Gymnasium zu verankern. Dort gibt es bisher nur einen Lehrer, der das „nebenbei“ macht.

In unserem Wahlprogramm regen wir die Einrichtung einer Jugendwerkstatt an. Das ist mehr als Freizeitgestaltung. Wenn sie vernünftig betrieben wird, ist das auch sozialisierend, integrativ, ggf. berufsvorbereitend.

3. Welche Möglichkeiten gibt es in Ihrer Gemeinde die Gebühren für Kindergartenplätze, sowie Krippen und Horte zu senken bzw. abzuschaffen?

Die finanziellen Möglichkeiten in Planegg ließen eine vollständige Abschaffung der Gebühren sicherlich zu. Ich finde das aber nicht unbedingt im Sinne eines sozialen Ausgleichs. Die nicht bedürftigen Bürger unseres reichen Landkreises sollen ruhig einen Beitrag leisten. Lediglich das letzte Kindergartenjahr sollte generell kostenfrei sein, dann aber eine Anmeldepflicht eingeführt werden. Sollte eine bundeseinheitliche Regelung zur Abschaffung von Gebühren für Kinderbetreuungseinrichtungen eingeführt werden, spricht dagegen natürlich nichts, solange den Kommunen der entsprechende finanzielle Ausgleich zugestanden wird.

Thema Ehrenamt:

Die Jugendleitercard, kurz Juleica, wurde bundeseinheitlich eingeführt und ist der Nachweis einer qualifizierten Ausbildung zur Jugendgruppenleiterin und zum Jugendgruppenleiter. Die Juleica bildet die Grundlage für ehrenamtliche Arbeit. Derzeit gibt es im Landkreis über 400 aktive Juleica-Inhaber.

1. Welche Möglichkeiten gibt es in Ihrer Gemeinde die Vergünstigungen für Juleica – Inhaber einzuführen bzw. auszubauen? Sind z.B. Bücherei, Schwimmbad und andere Freizeiteinrichtungen kostenlos nutzbar? Gibt es Ermäßigungen in Gastronomie und Handel?

Der Erlass von Gebühren beim Besuch kommunaler Einrichtungen ist eine interessante Anregung, die ich befürworten würde. Auf Ermäßigungen in der Privatwirtschaft hat die Gemeinde keinen Einfluss und sollte das auch gar nicht versuchen. Die Vereine betreiben selbst Sponsorensuche.

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Jugendliche die sich in Ihrer Gemeinde ehrenamtlich engagieren, besonders zu würdigen?

Vorrangig geht es wohl eher um eine Erleichterung der ehrenamtlichen Arbeit durch praktische Unterstützung und Minimierung bürokratischer Hürden. Daneben gibt es das Modell der steuerfreien Aufwandsentschädigung, das auch breit eingesetzt wird. In Vereinen engagierte Jugendliche erhalten über den Finanzausschuss für Jugendarbeit an die Vereine eine finanzielle Anerkennung. Darüber hinaus böte sich an, ein Ehrenamt durch Einkaufsgutscheine oder Gutscheine für das jährliche Straßenfest und das Johannisfeuer zu belohnen. Bei einem jährlichen Treffen aller ehrenamtlich tätigen Jugendlichen ist Gelegenheit, nicht nur die Anerkennung förmlich auszusprechen, sondern sich auch über künftige Planungen, Sorgen und Defizite zu unterhalten.

3. Ein in der Vollversammlung zum wiederholten Mal genannter Wunsch der Delegierten der Jugendarbeit ist die „Freie Fahrt fürs Ehrenamt“. Wie werden

Sie als Bürgermeisterin/Bürgermeister die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Ehrenamtliche fördern?

Die Abrechenbarkeit von Belegen zweckgebundener ÖPNV-Fahrten ist bereits gegeben. Weitergehende Regelungen, wie eine pauschale vollständige Freistellung Ehrenamtlicher von ÖPNV-Gebühren halte ich für fraglich vereinbar mit dem Status Ehrenamt. Eventuell nicht vergütbare Aufwendungen sollten durch 2. abgegolten werden.

Thema Arbeitslosigkeit:

1. Wie können ortsansässige Firmen durch Sie dazu motiviert werden, spezielle Angebote für arbeitssuchende Jugendliche ins Leben zu rufen bzw. bestehende Angebote auszuweiten?

Die Kommunikation zwischen Gewerbe und Gemeindeverwaltung liegt tatsächlich im Argen, was an Versäumnissen beider Seiten liegt. Ende letzten Jahres wurde aber die Einrichtung einer Verwaltungsstelle beschlossen, die genau dieses Defizit beheben soll. In diesem Zusammenhang können und sollen auch die Jobangebote für Berufseinsteiger sowie Ihre Fragen 2 und 3 thematisiert und eventuelle Probleme gemeinsam gelöst werden. Große Probleme würde ich allerdings gar nicht erwarten, da Planegg weit mehr Arbeitsplätze im ortsansässigen Gewerbe vorhält, als in Relation zur Einwohnerzahl erforderlich bzw. wünschenswert ist.

2. Gibt es in Ihrer Gemeinde Projekte zur Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang von Schule zu Beruf, wie z.B. „Job-Patenschaften“?

Das ist mir nicht bekannt. Ein eventueller Bedarf kann durch den oben angesprochenen Wirtschaftsreferenten aufgedeckt und Maßnahmen zur Deckung eingeleitet werden.

3. Welche Möglichkeiten gibt es von politischer Seite diese Projekte zu unterstützen?

Siehe Antwort auf Frage 1.

Thema Integration:

1. Was verstehen Sie unter gelungener Integration?

Wenn die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen die kulturellen oder religiösen Gepflogenheiten und die Sprache der anderen interessant finden und offene oder kulturübergreifende Veranstaltungen anbieten. Multikulti in diesem Sinne heißt genau nicht die Aufgabe des eigenen kulturellen Hintergrunds, wohl aber der Verzicht auf Isolation, in der Radikalismus und Intoleranz gedeihen.

2. Welche Sprachförderangebote für Kinder, Jugendliche und deren Mütter mit Deutsch als Zweitsprache gibt es in ihrer Gemeinde? Werden diese von der Gemeinde gefördert?

Dies wird von der Volkshochschule abgedeckt, die von der Gemeinde einen Defizitausgleich gewährt bekommt. Ihre Frage regt an, durch die weiter oben angesprochenen Stellen der Jugendsozialarbeit an den Grundschulen sich abzeichnende Probleme frühzeitig zu erfassen und für Abhilfe zu sorgen.

3. Wurde in Ihrer Gemeinde bereits ein Ausländerbeirat etabliert sowie Migrationsbeauftragte benannt? In wie weit ist es möglich den Belangen der Jugendlichen dort ein besonderes Augenmerk zu geben?

Derartige Einrichtungen gibt es nicht. Ich halte sie derzeit auch nicht für erforderlich, da sich in unserer Gemeinde der Migrantenanteil vorwiegend aus Wissenschaftlern rekrutiert, die sich sehr aktiv integrieren. Es gibt eher Probleme mit Auswüchsen pubertierender deutscher Jugendlicher. Hier läuft eine viel versprechende Diskussion über die Bestellung eines Streetworkers.

Thema Armut:

1. In welcher Form wird Ihre Gemeinde Kinder und Jugendliche, die von Armut betroffen sind, in Zukunft unterstützen?

Erstens haben wir durchgesetzt, dass eine Obdachlosenunterkunft in der Gemeinde verbleibt und demnächst renoviert wird. Außerdem erhalten Bedürftige starke Ermäßigungen bei Gebühren für Kinderbetreuungseinrichtungen, die man gerne auf Null reduzieren kann. Ein ehrenamtlicher Verein (Martinsrieder Christkindlmarkt) hilft bei Notfällen aus Spendengeldern. Bei einem Montagstisch können von den Läden zur Verfügung gestellte Nahrungsmittel verteilt werden. Ich finde das alles allerdings gar nicht toll, sondern würde mir wünschen, dass es solche Sicherungen gegen den Sturz ins Bodenlose nicht braucht. Schon gar nicht erfreut mich die steigende Zahl Betroffener – während andere mit ihren Aktiengewinnen prahlen und ihre markenbekleideten Kinder im SUV spazieren fahren. Aber das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und kann auf kommunaler Ebene höchstens diskutiert werden. Dies war u.a. Gegenstand der lokalen Agenda 21, die leider von den Gemeinderäten nicht ernst genommen wurde und deshalb leider weitgehend bedeutungslos geworden ist.

2. Welche speziellen Fördermöglichkeiten sehen Sie in Ihrer Gemeinde für Kinder und Jugendliche im Bereich der Freizeit- und Bildungsmaßnahmen?

Ich nehme an, Sie meinen armutsbetroffene Kinder und Jugendliche? Man könnte die Mitgliedsgebühren bei (Sport-) vereinen oder Musikschule erstatten. Außerdem fehlen bei uns noch Räumlichkeiten für größere selbst organisierte Events.

3. Wie können Fördermittel für Kinder und Jugendliche in Ihrer Gemeinde zeitnah und unbürokratisch abgerufen werden?

Für die Gewährung von Ermäßigungen bei den Kinderbetreuungseinrichtungen ist meines Wissens nur ein Verdienstnachweis erforderlich. Ich habe keinen Anlass zur Vermutung übertriebener bürokratischer Hürden. Alles andere ist derzeit vereinsintern geregelt, hier sollte man sich für mehr Einheitlichkeit und Transparenz einsetzen.